

Politik geht gegen Lehrpersonenmangel vor

Die Luzerner Kantonsrätinnen und Kantonsräte haben der Regierung gleich mehrere neue Aufgaben aufgedrückt.

Livia Fischer

Die parlamentarische Diskussion am Montagmorgen kann auf zweierlei Arten beschrieben werden: einerseits als gebündelter Versuch des Gros der Fraktionen, nun endlich Massnahmen gegen den längst akuten Lehrpersonenmangel zu ergreifen. Andererseits, um es in den Worten von Grüne-Kantonsrätin Rahel Estermann wiederzugeben, als «Ablehnungsshow» der SVP.

Gleich sieben Vorstösse aus den Reihen der Mitte, SP und GLP rund um den Lehrpersonenmangel hat das Luzerner Parlament am dritten Sessionstag während zweier Stunden behandelt. Sie alle wurden als teilweise oder vollumfänglich erheblich erklärt. Nur die SVP und in einem Fall auch die FDP stellten sich dagegen. Eine Übersicht.

Unterstützung von Quereinsteigenden

Hanspeter Bucheli (Mitte, Ruswil) will die Unterstützung Quereinsteiger im Lehrberuf vorantreiben. Die Regierung wird die Lancierung einer professionell aufgestellten Berufseinführung prüfen. Davon könnten auch die bereits gut ausgebildeten Lehrpersonen profitieren – indem sie etwa von einem Teil der Unterrichtsverpflichtung entlastet werden, wenn sie zum Beispiel Quereinsteiger unterstützen. Ein Grossteil vermisse nämlich Entwicklungsmöglichkeiten. Offen ist, wer dies zahlen soll. Die finanziellen Mittel sind im aktuellen Aufgaben- und Finanzplan nicht eingerechnet. Analog der Regierungsempfehlung hat die Mehrheit das Postulat mit 73 zu 28 Stimmen als teilweise erheblich erklärt.

Durchführung einer Zufriedenheitsumfrage

Um herauszufinden, wo der Schuh drückt, bringt Gabriela Schnider-Schnider (Mitte, Schüpfheim) eine umfassende



Lehrpersonen in der Schweiz sind gesuchter denn je.

Bild: Keystone/Christian Beutler

Zufriedenheitsumfrage ins Spiel. Die Regierung findet das grundsätzlich eine gute Idee, eine solche Befragung zum Lehrpersonenmangel gab es auf Stufe Volksschule schon im vergangenen Jahr. Nun wird sie prüfen, ob die regelmässig stattfindenden Befragungen bei den kantonalen Lehrpersonen mit weiteren Fragen ergänzt werden sollten.

Keine Umfrage soll es für die Tertiärstufe geben, da die Hochschule, die Universität und die Pädagogische Hochschule Luzern rechtlich selbstständige Anstalten sind. Dieses Vorgehen ist im Sinne von 80 Parlamentsmitgliedern, nur deren 28 haben den Vorstoss abgelehnt.

Förderung des Wiedereinstiegs

SP-Kantonsrat Urban Sager (Luzern), der selbst Mittelschul-

lehrer ist, beauftragte die Regierung, eine Kampagne zur Gewinnung von Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteigern in den Lehrberuf zu lancieren und die nötigen Begleitmassnahmen dafür zu schaffen. Das wird Realität. Sowohl die Regierung als auch die grosse Mehrheit der Kantonsrätinnen und Kantonsräte (82 zu 26 Stimmen) befürworten eine spezifische Imagekampagne.

Zudem sollen wiedereinsteigende Lehrpersonen etwa mittels Coaching, Mentoring, administrativer Entlastung oder Altersentlastung unterstützt werden. Zur Entlastung von Klassen und Lehrpersonen wird auch geprüft, in herausfordernden Situationen temporäre Sofortmassnahmen einzuführen. Sogenannte Schulinseln sind ein mögliches Beispiel, also Räume,

in die sich verhaltensauffällige Kinder zurückziehen können.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Um die Arbeitsbedingungen von Lehrpersonen zu verbessern, wird die Regierung ein entsprechendes Massnahmenpaket erarbeiten. Auch dies gründet auf einem Vorstoss von Urban Sager, den 85 Kantonsratsmitglieder unterstützten, während ihn deren 25 ablehnten. Die Regierung will das Massnahmenpaket zudem in Bezug auf die Aus- und Weiterbildungen und Karriere-möglichkeiten ausweiten.

Ideen für Massnahmen hat sie schon viele: angefangen mit regionalen Coachinggruppen für Junglehrpersonen über Koordinationspersonen für den Umgang mit herausforderndem Verhalten bis dahin, dass Be-

rufsauftrag und Arbeitszeit besser miteinander vereinbar sind.

Stärkung des Berufsbildes

Zusammen mit dem Massnahmenpaket wurde eine Forderung von Karin Stadelmann (Mitte, Luzern) behandelt: Sie verlangte einen Massnahmenplan, der aufzeigt, wie dem Lehrkräfte-mangel entgegengewirkt und das Berufsbild positiv gestärkt werden kann. Auch diesen wird die Regierung vorlegen. Das entschieden 67 Parlamentsmitglieder, 44 Politikerinnen und Politiker aus SVP und FDP stellten sich dagegen.

Faire Löhne

Auch der finanzielle Anreiz spielt beim Lehrpersonenmangel eine Rolle. Darum wird die

Regierung auf die Aufforderung von Mario Cozzio (GLP, Sursee) hin und nach 79 Ja- zu 25 Nein-Stimmen die Praxis bei der Einreihung von Lehrpersonen in die jeweiligen Lohnklassen und -stufen analysieren. Denn bisher wird bei einem Stellenwechsel zum Beispiel die Berufserfahrung in anderen Schulstufen nicht berücksichtigt. Die Regierung selbst schreibt, die «zu spezifischen» Einreihungen im Besoldungssystem seien sowohl für Lehrpersonen als auch für Schulleitende «kaum mehr nachvollziehbar».

Zugang zur Schlichtungsstelle

Was das Parlament mit 79 zu 26 Voten ebenfalls guthiess, ist ein weiterer Vorschlag von Karin Stadelmann. Sie forderte den Regierungsrat dazu auf, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit sich Volksschullehrpersonen und Musiklehrpersonen bei personalrechtlichen Konflikten an eine Schlichtungsstelle wenden können. Für sie gibt es bisher keine neutrale Anlaufstelle, sondern nur die Möglichkeit, über den Lehrerverband oder direkt über die Gemeinde beziehungsweise das Gericht zu gehen.

SVP sieht es kritisch

Gegen mehrere Vorstösse gab es Ablehnungsanträge seitens der SVP. Und selbst wenn nicht – die Fraktion stellte sich bei der Abstimmung trotzdem jedes Mal gegen die grosse Mehrheit. Vor allem Stefan Dahinden (Doppelschwand) und Lisa Zanolla (Luzern) legten sich ins Zeug. Auch Urs Christian Schumacher (Ebikon) ergriff immer wieder das Wort. Obwohl sie den Handlungsbedarf grundsätzlich anerkennen, empfanden sie die vorgeschlagenen Massnahmen als zu teuer, zu bürokratisch oder schlicht unnötig. Der einzige SVPler, der innerhalb der Partei auf Opposition ging: Bildungsdirektor Armin Hartmann.

Sörenberg-Bergbahnen buhlen um Stadtluzerner

Das schlechte Wintergeschäft resultierte für die Sörenberg-Bergbahnen in einem Verlust. Das hat drei Gründe. Um Gegensteuer zu geben, will die Bahn nun in der Stadt Luzern bekannter werden.

Martin Messmer

Die Bergbahnen Sörenberg AG musste an der ordentlichen Generalversammlung am Samstag einen Verlust ausweisen. Sie schliesst das Geschäftsjahr 2022/2023 wesentlich schlechter ab als im Vorjahr, welches ein absolutes Rekordjahr war, wie die Bergbahnen am Montag mitteilten. Der Nettoerlös betrug 12 Millionen und nahm damit um 3,4 Millionen Franken ab. Das Geschäftsjahr schliesst unter der Berücksichtigung der Abschreibungen und Steuern mit einem Jahresverlust von 740 000 Franken.

Für den Verlust machen die Sörenberg-Bergbahnen drei

Gründe geltend: Erstens wird «das schlechte Wintergeschäft mit seinen Wetterkapriolen» genannt. Fazit zum Wetter: «Ein Winter, der den Namen Winter eigentlich nicht verdiente.» Zweitens führen die Bergbahnen die massiv gestiegenen Energiepreise für den Verlust an, und drittens nennen die Verantwortlichen die hohen Zinskosten. Laut VR-Präsident Theo Schnider zeigt die vorliegende Rechnung sehr deutlich auf, «wie vulnerabel und verwundbar das Bergbahngeschäft ist».

«Sörenberg geht in Luzern viel zu oft vergessen»

Nun wollen die Sörenberg-Bergbahnen Gegensteuer geben. Der

Plan: Das Tourismusgebiet Sörenberg soll in der Stadt Luzern bekannter werden. Denn: «Das Entlebuch, Sörenberg und der

höchste Luzerner Berg, das Briener Rothorn, gehen in der Stadt viel zu oft vergessen», sagte der Verwaltungsratspräsident



Diese Fotomontage eines Tiefladers mit einer neuen Seilbahnkabine auf den Strassen Luzerns zeigte der VR-Präsident den Aktionärinnen und Aktionären.

Fotomontage: Bergbahnen Sörenberg AG

laut der Mitteilung in seinem Schlusswort zu den 300 anwesenden Aktionärinnen und Aktionären. Er rief diese dazu auf, mitzuhelfen, «dass in den Köpfen der Luzerner Bevölkerung die Präsenz unserer Feriendestination und die Bergbahn auf den höchsten Luzerner Berg endlich etabliert und sicher gestärkt und ausgebaut wird». Um dies zu verdeutlichen, präsentierte Schnider eine Fotomontage, die zum Inhalt hat, wie eine der neuen Kabinen von einem Tieflader durch die Stadt Luzern gefahren wird; die Sörenberg-Bergbahnen bauen derzeit eine neue Seilbahn aufs Briener Rothorn.

Die neuen Kabinen wurden bereits Anfang September mit-

tels Schwertransport nach Sörenberg geliefert. Mit dem Verbinden der beiden Seilenden konnten letzte Woche die Arbeiten auf der Strecke erfolgreich abgeschlossen werden, heisst es in der Mitteilung weiter.

Mitte Dezember soll die neue Bahn fahren

Die Arbeiten an der Talstation seien ebenfalls weit fortgeschritten; die Abnahme durch das Bundesamt für Verkehr BAV sei auf Ende November vorgesehen. Am Samstag, 16. Dezember, soll die neue Bahn eröffnet werden. Unmittelbar danach finden weitere Umbauarbeiten am Berg statt, etwa beim Gipfelrestaurant.